

Buchbinder-Zeitung

Erste Ausgabe
Abonnementpreis 1,00 Mark pro
Quartal inkl. Postgebühren. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 69, Urbanstr. 63 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Interessante
pro viergehaltene Beitzelle 60 Pf. ;
für Verbandsmitglieder 40 Pf. ;
Stellenangebote 40 Pf. ; Verlam-
mungsanzeigen 20 Pf. ; Privat-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 37.

Berlin, den 7. September 1913.

29. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Für die Mitglieder der dritten Beitragsklasse, die Invalidenbeiträge zahlen, werden von der 40. Woche ab neue Beitragsmarken à 65 Pf. eingeführt. Die geforderte Entrichtung der Invalidenbeiträge à 15 Pf. und das Einleben der Marken in die Beitragskarte hört also mit der 39. Woche auf. Wir erlauben nun die in Frage stehenden Mitglieder, die Invalidenmarken bis zum Ende des Quartals so zu kleben, daß diese mit der Anzahl der geleisteten Beiträge dritter Klasse — vom Beginn der Beitragsleistung für die Invalidenunterstützung frühestens 1. Oktober 1910 angerechnet — übereinstimmen.

Die ordnungsgemäß geklebten Beitragskarten sind an die Zahlstellenverwaltung einzuliefern, von dieser zu kontrollieren und nachdem sie in Ordnung befunden, eine Bescheinigung über die auf den Karten aufgerechneten und geklebten Invalidenmarken zu erteilen. Die Bescheinigung ist hinter das Titelblatt im Mitgliedsbuch einzukleben.

Die Beitragskarten sind an uns einzusenden mit der Abrechnung für das dritte Quartal.

2. Die Erhebung eines lokalen Extrabeitrages von 5 Pf. pro Monat, der von den männlichen und weiblichen Mitgliedern neben den bisher üblichen Lokalbeiträgen für Zwecke des Gewerkschaftshauses erhoben werden soll, ist von der Zahlstelle Hamburg-Altona beschlossen und unsererseits genehmigt worden.

Der Verbandsvorstand.

Kirche und Gewerkschaften in Deutschland.

IV.

Ende 1911 wiederholte sich das Schauspiel, wiederum Einigkeit unter den drei Verbänden; dem freien, dem hirsch-dunderschen und dem polnischen, zum Zwecke einer Lohnbewegung, wiederum Ausflüchte des christlichen Verbandes und wiederum Vertagung des Vorgehens. Die Mitglieder der drei Verbände hatten unterdessen eingesehen, daß es den Führern des christlichen Verbandes darauf ankam, das Vorgehen der Bergarbeiter zu vereiteln. Die christlichen Führer vertrauten auf die Stärke ihres Verbandes, der im Aufreibecken etwa 45 000 Mitglieder zählte, gegen 80 000 des freien und einigen Tausend des polnischen und hirsch-dunderschen Verbandes; sie hielten sich für die Herren der Lage und glaubten, jede Lohnbewegung lahmlegen und das Geschick der deutschen Bergarbeiter leiten zu können, und so wurde dann nur von den drei Verbänden nach gründlicher Prüfung der gesamten Umstände und nach Erschöpfung aller Mittel einer gütlichen Durchsetzung ihrer Forderungen am 10. März 1912 der Streik verhängt.

Von den 360 000 im rheinisch-westfälischen Bergbau beschäftigten Arbeitern befanden sich bald 220 000, darunter die meisten Unterirdischen, im Ausstand. Die christlichen Führer sahen ihren Plan misslingen, zumal sich zahlreiche Mitglieder des

christlichen Verbandes an dem Streik beteiligten. Wahrheitswidrig schrieben sie jetzt über unerhörten Terrorismus, der angeblich von Ausständigen an Arbeitswilligen verübt wurde. Die liberale Presse erfand Schauergerüchten über Gewalttätigkeiten, denen die Nichtstreikenden ausgesetzt sein sollten. Der Zweck des Ganzen war, die Regierung zur Entsendung von Polizei und Militär zu veranlassen und auf diese Weise die Ausständigen einzuschüchtern und wieder zur Arbeit zu treiben. Durch massenhaftes Aufgebot der bewaffneten Mächte, durch polizeilichen und militärischen Terrorismus sollte der Streik zunichte gemacht werden. Und es waren die christlichen Gewerkschaftsführer, der bekannte Herr Giesberts voran, die in der Presse nach Polizei und Soldaten schrien und die bewaffnete Macht auf ihre kämpfenden Massengenossen bestanden. Die Regierung, die in Deutschland sich vollständig unter dem Einfluß der Kapitalisten und Volksfeinde befindet, folgte den liberalen Schreibern und massenhaft wurden Polizei und Militär nebst Maschinengewehren ins Streikgebiet entsandt. Der bewaffnete Terrorismus schädigte viele Ausständige ein, sie lehrten zur Arbeit zurück und nach zehn Tagen mußte die Streikleitung den Ausstand für beendet erklären.

Was waren die Beweggründe für das schmähliche Verhalten der christlichen Führer? Im Jahre 1905 hatte der christliche Bergarbeiterverband ehrlich und mannhaft den anderen Verbänden in einem vierzehntägigen Streik zur Seite gestanden. Warum jetzt, sieben Jahre später, dieser schmähliche Verrat, der beispiellos ist in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung? Einer der Gründe ist zu suchen in dem Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zur Kirche. Schon vor dem Erlaß der Gewerkschaftszensur hatten sich Ende 1910 die christlichen Gewerkschaftsführer den deutschen Bischöfen gegenüber verpflichten müssen, auch in ihren wirtschaftlichen Bestrebungen die Lehren der Kirche zu beachten. Und man weiß, daß darunter der soziale Frieden, die Enthaltung von groben wirtschaftlichen Kämpfen, die Hauptrolle spielt. — Dann kamen politische Gründe hinzu. Die Zentrums-partei wird in Rheinland und Westfalen immer mehr bedrängt von der Sozialdemokratie, und um diesen Gegner abzuwehren, bedarf das Zentrum bei Wahlen die Hilfe der Liberalen. Da nun die großen Bergwerksbesitzer der liberalen Partei angehören, darf das Zentrum es mit diesen mächtigen Leuten nicht verderben. Herr Giesberts, der christliche Gewerkschaftsführer, verdankt sein Reichstagsmandat in Essen der Hilfe der großen Industriellen und ihrer gelben Kreaturen. Man versteht, daß bei Leuten dieser Art der Wunsch vorhanden ist, es mit den hohen Herren der Kohle und des Eisens nicht zu verderben. — Drittens kam hinzu die Rücksicht auf die Regierung, der man einen Dienst zu erweisen glaubte, wenn man sich von der Seite der guten Gesinnung und der Ordnungsmäßigkeit zeigte. Nach den bei dem letzten Bergarbeiterstreik gemachten Erfahrungen liegen die Dinge im christlichen Lager gegenwärtig so:

Die christlichen Gewerkschaften werden sich in Zukunft an größeren, das Wirtschaftsleben erschütternden und das Kapital ernstlich gefährdenden Kämpfen nicht mehr beteiligen; sie werden, wo sie stark genug dazu sind, diese Kämpfe zu verhindern

suchen und dabei den offenen Streikbruch und den schmählichen Arbeiterverrat nicht scheuen. An kleineren Ausständen und da, wo die Uebermacht der freien Verbände ihre Mitglieder mitreißt, werden sie sich beteiligen und das benutzen, um ihre Reputation als Arbeiterorganisation aufzupolieren. Von der gesamten nicht christlich organisierten Arbeitererschaft Deutschlands werden heute die christlichen Gewerkschaften auf eine Stufe mit den Gelben gestellt.

Die christlichen Gewerkschaften sind in Deutschland mit großen Hoffnungen und Erwartungen ins Leben getreten. Entstanden zu einer Zeit, wo alles sich gegen die freiheitliche Richtung in der Arbeiterbewegung rüht, hinter sich die starke Partei des Zentrums und die noch stärkere Macht der Kirche, im Besitz eines Programms, das allen Ordnungsparteien und Umsturzfürsinnen gefallen mußte, machten sich die Führer der christlichen Gewerkschaften auf einen gewaltigen Siegeszug ihrer Verbände gefaßt. Sie sahen sich im Geiste schon an der Spitze der deutschen Arbeiterbewegung, deren Masse aus den christlich organisierten Arbeitern bestehen sollte. Diese Hoffnungen und Berechnungen sind arg getäuscht worden. Das Umgekehrte ist eingetroffen. Den Kern und die Masse der deutschen Arbeiterbewegung bilden die freien Verbände mit ihren 2½ Millionen Mitgliedern, neben denen die christliche Bewegung mit ihren 350 000 Mitgliedern sich wie ein kleines, verlorenes Häufchen ausnimmt. Und der zahlenmäßige Abstand zwischen den beiden Bewegungen nimmt immer mehr zu. Wo die christliche Bewegung um 10 000 Mitglieder wächst, da wächst die freie um 100 000 und mehr.

Die deutschen Arbeiter haben erkannt, was mit den christlichen Gewerkschaften los ist. Sie wissen, daß diese Verbände unter der Herrschaft rückwärtlicher volksfeindlicher Mächte stehen; der Bergarbeiterausstand und mehrere Vorläufer des ähnlichen Art haben sie gelehrt, daß in den Reihen der christlichen Organisationen der Streikbruch und schmähliche Arbeiterverrat heimisch ist. Deshalb bleibt der ansässige und derjändige Teil der deutschen Arbeiter diesen Verbänden fern und überläßt sie jenen überbetonten und verblendeten Leuten, die ihre Feinde für ihre Freunde ansehen. Die christlichen Gewerkschaften haben nun allgemach eingesehen, was für eine armenige Rolle sie spielen. Um so größer ist ihre Wut auf die freien Verbände. Im allgemeinen können sie diesen zwar nichts anhaben, aber leider sind sie in einzelnen Gegenden und Berufen, wie bei den Bergarbeitern und den Textilarbeitern, infolge ihrer Stärke doch noch in der Lage, etwaigen Lohnkämpfen gefährlich zu werden. Da die christlichen Verbände unter den freien Arbeitern nichts mehr zu gewinnen haben, so haben ihre Führer, um den Ausfall wettzumachen, das Augenmerk auf die in öffentlichen Betrieben angestellten Leute gerichtet. Man muß wissen, daß die Reichsregierung wie die Behörden in Preußen, Sachsen und anderen Bundesstaaten weder den Beamten noch den in staatlichen Werkstätten tätigen Arbeitern das Koalitionsrecht gewähren, mindestens aber strenge darauf sehen, daß die staatlichen Angestellten und Arbeiter nicht den freien Verbänden angehören. Auf diese dem behördlichen Kommando unterliegenden Leute haben es die christlichen Führer

Rus dem Gau 13.

abgesehen, und da deren Zahl bei der großen Ausdehnung der öffentlichen Betriebe in Deutschland sehr ansehnlich ist, so wäre das allerdings eine Gelegenheit für sie, aus diesen Kreisen die Reihen ihrer Bewegung zu füllen. Sie bedürfen dazu zweierlei: Erstens die Erlaubnis der Behörden, die Angestellten und Arbeiter der öffentlichen Betriebe unter christlicher Flagge zu organisieren. Um diese Erlaubnis zu erhalten, haben sie für die Verbände dieser Leute auf das Streikrecht verzichtet, das heißt, das Koalitionsrecht preisgegeben. Zweitens bedürfen sie dazu der Unterstützung der Regierung insofern, als diese ihnen die Konkurrenz vom Leibe hält, das heißt, den Angestellten und Arbeitern der öffentlichen Betriebe nach wie vor unterjagt, sich den freien Verbänden anzuschließen. Beides ist die Regierung zu bewilligen bereit, wofür dann die christlichen Gewerkschaften gute Gesinnung und Wohlverhalten geloben mußten. So wärscht eine Hand die andere. Regierung und christliche Gewerkschaften haben sich in beiderseitigem Interesse zusammengefunden, um weiten Kreisen der deutschen Arbeiterschaft ihre Selbstbestimmung, ihr Koalitionsrecht, ihr Streikrecht zu nehmen. Man versteht bei diesem trauten Verhältnis, daß die Regierung sich in Rom bemüht, um den Papst an dem Verbot der christlichen Gewerkschaften zu hindern, und daß andererseits die christlichen Gewerkschaftsführer beim letzten Vergaberestants auf die Seite der Arbeiterfeinde traten und mit der Regierung bemüht waren, den Streik durch Polizei und Soldaten zu ersticken. Die christlichen Gewerkschaftsführer zählen zu den ärgsten Hebern gegen das Koalitionsrecht der öffentlichen Angestellten und Arbeiter. In Bayern war bisher den Arbeitern der staatlichen Eisenbahnbetriebe bezüglich der Organisation, der sie sich anschließen wollten, kein Hindernis in den Weg gelegt. Als nun die bayerischen Eisenbahnarbeiter von diesem Recht Gebrauch machten und sich zahlreich dem auf moderner Grundlage beruhenden Eisenbahnerverbande anschlossen, da kamen die christlichen Gewerkschaftsführer und die führenden Leute der bayerischen Zentrumspartei, demingierten diesen Verband als sozialdemokratisch und forderten von der bayerischen Regierung, daß dieser Verband verboten wurde. Die Regierung hat diesem Ansuchen lange widerstanden. Als dann aber mit dem Zentrumsführer Hertling als Ministerpräsidenten eine echt kirchliche Regierung in Bayern ans Ruder kam, da war das Schicksal des Eisenbahnerverbandes besiegelt. Es half nichts, daß er unter dem Zwange der Not und zur Verhinderung seiner Auflösung erklärte, auf das Streikrecht zu verzichten. Die Regierung verfügte, daß kein Angestellter und Arbeiter der bayerischen Verkehrsverwaltung dem genannten Eisenbahnerverbande angehören darf; und um ganze Arbeit zu machen, dehnt die Regierung das Verbot auch auf die beiden freien Verbände der Metall- und der Transportarbeiter aus. Und die Presse des Zentrums und der ganze Chorus der christlichen Gewerkschaftsführer hat sich Beifall zu der unerhörten Entrechtung der bayerischen Arbeiter!

Die christlichen Gewerkschaftsführer treiben gegenwärtig unter dem dreifachen Einfluß von Kirche, Zentrum und Regierung die ärgste Gewaltpolitik gegen die andersdenkende Arbeiterschaft. Man kann nur annehmen, daß die Leute sich in einem Zustande der Verzweiflung befinden, daß sie sich vor der freien Uebermacht nicht anders zu retten wissen, als durch Gewaltmittel, die jeder Solidarität, jedem proletarischen Bewußtsein ins Gesicht schlagen. Selbstverständlich nützt ihnen das nichts. Eine Bewegung, die von der Bewegung des Rechts, von Streikbruch und Arbeiterverrat lebt, hat ihr Dasein verwirrt. Auf diese Arbeiterchädlinge trifft das Wort zu, das jüngst ein Führer der rein katholischen Organisationen gesprochen hat:

„Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist eine innere Unwahrheit, und deshalb wird sie wie jede Unwahrheit, an sich selber zugrunde gehen müssen.“

Gelesene Nummern der „Buchbinder-Ztg.“
 weist man nicht fort, sondern gibt sie
 : an nichtorganisierte Kollegen weiter.

„Der Deutsche Buchbinder-Verband im Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen“, so lautete das Thema, über das der Unterzeichnete in einigen Verammlungen des Gaus 13 referierte. Große Massen von Berufsangehörigen kommen zwar in diesen vom Vorort des Gaus etwas abgelegenen Orten nicht in Frage, doch ist immerhin noch eine ganze Anzahl, vornehmlich weibliche Berufsangehörige, für die Organisation zu gewinnen. Hier gilt es für unsere Kollegen, noch viel Aufklärung zu leisten, damit auch in diesen Bezirken bald weibliche Mitglieder vorhanden sind. Allzu leicht ist diese Aufklärung nicht, dafür sorgt schon die ganze Erziehung sowie die religiöse Verheißung, die dort getrieben wird. Bei zielbewusstem Vorgehen dürfte aber der Erfolg nicht ausbleiben.

In Trier waren am 22. August die Mitglieder bis auf drei erschienen. Von 28 Kollegen gehören 16 dem Verbanne an. Die noch abseits Stehenden arbeiten meist in kleinen Buchbindereien unter sehr schlechten Bedingungen, ohne zu der Ueberzeugung zu kommen, daß nur eine starke Organisation gegen unwürdige Zustände ankämpfen kann. Die organisierten Kollegen gelobten jedoch, alles daran zu setzen, bis auch in Trier bessere Verhältnisse erkämpft sind.

Von hier ging es nach Saar Louis, ein Städtchen von 18 000 Einwohnern, ohne jegliche Industrie. Hier befindet sich eine Gefangenschaft mit 15 Arbeitern und 30 Arbeiterinnen. Sind die Löhne für die Spezialarbeiter noch zufriedenstellende, um so schlechter dann für die Buchbinder. Ausgelernete erhalten dort 1,80 Mk. pro Tag bei zehnstündiger Arbeitszeit. Ein Glück für diese jungen Leute, daß sie die Füße bei Muttern unter den Tisch stecken können, sonst müßten sie verhungern. Die jugendlichen Mädchen erhalten 60 Pf. pro Tag Anfangslohn!! Leider ging vor einigen Jahren eine Bewegung der Buchdrucker durch das wenig solidarische Verhalten einzelner verloren, so daß auch diese noch 60 Stunden arbeiten müssen.

In Saarbrücken, wo bis auf fünf alle Kollegen dem Verbanne angehören, hatten wir eine gut besuchte Verammlung. Galt es doch Stellung zu nehmen, welche Forderungen den Unternehmern unterbreitet werden sollen. Da in Saarbrücken außerordentlich teure Lebensverhältnisse existieren, ist das Vorgehen der Kollegen nur zu begründet. Da der Wunsch besteht, möglichst in Frieden mit den Unternehmern zu einer Verständigung zu kommen, wurden keine allzugroßen Erhöhungen beantragt. Um so mehr steht wohl zu erwarten, daß auch die Unternehmer den Forderungen der Arbeiterschaft gerecht werden. Der Erfolg wird wesentlich durch das Verhalten der Kollegen selbst bestimmt sein. Die Tarifvorlage fand einstimmige Annahme. Ein Vertreter des Gewerkschaftsartells wünschte unseren Kollegen den besten Erfolg und sicherte ihnen die moralische Unterstützung zu.

Für die Kollegen allerorts gilt es, das in den Verammlungen Gehörte den Unorganisierten zu übermitteln sowie in der Agitation nicht zu erlahmen.

G. Weg.

Prozeß Obwald-Grünstadt gegen Kloth.

Der Prokurist Obwald von der satfam bekannten Gefangenschaft Schaffer in Grünstadt fühlte sich durch ein Flugblatt unseres Verbandsvorsitzenden Kloth beleidigt. Am 27. August fand nun auf erhobene Klage Obwalds Verhandlung vor dem Amtsgericht Grünstadt statt. Das Resultat der nicht weniger als 5 Stunden dauernden Verhandlung war ein für Herrn Obwald sehr magerer Vergleich, wonach Kloth die beleidigenden Ausdrücke gegen Obwald mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknahm und sich zum Tragen der Gerichtskosten bereit erklärte, während Obwald die Kosten für seinen Rechtsanwalt selbst zu tragen hat. Von den im Flugblatt enthaltenen Beschuldigungen gegen Obwald und die Firma Schaffer nahm Kloth nichts jurid, sondern erklärte sich ausdrücklich zum Wahrheitsbeweis bereit. Insbesondere lehnte er jedem Vergleich ab, der etwa die Anerkennung verlangen sollte, daß er eine von Herrn Obwald fabrizierte „Erklärung der organisierten Buchbinder Grünstadts“ an die „Kaiserliche Post“ einzuwenden sich bereit erklärt hätte. Darum drehte sich hauptsächlich die ganze Verhandlung, ob Kloth dazu im Herbst vorigen Jahres bereit gewesen war. Obwald behauptete letzteres, ebenso unter Eid die als Zeugen geladenen Produzenten Schaffer und Dr. Decker der Firma Schaffer. Kloth bestritt das ganz entschieden und legte dar, daß die Behauptungen Obwalds und seiner Zeugen an innerer Unwahrscheinlichkeit litten. Denn sonst hätte er sich ja des gleichen „Schwindels“ schuldig gemacht, den Obwald immer dem Grünstadter Vertrauensmanne unseres Verbandes vorwerfe, weil er seinerzeit einen

„Offenen Brief“ an Herrn Schaffer in der „Kaiserl. Post“ im Namen der „Kaiserliche Grünstadt des Deutschen Buchbinderverbandes“ veröffentlicht habe, obgleich eine solche nominell nicht bestche. Die Herren Obwald und Schaffer hätten also von ihm etwas verlangt, was sie tags vorher an dem Grünstadter Vertrauensmann mit den Worten höchster moralischer Entrüstung getadelt und verurteilt hätten. Er hätte noch niemals Erklärungen im Namen anderer abgegeben, ohne diese zu fragen, und hätte es auch in diesem Falle nicht getan, zumal eine solche Erklärung zweifellos eine offensivere Unwahrheit und Täuschung der Leser der „Kaiserl. Post“ gewesen wäre. Er habe daher auch nur die Eventualfrage seinerzeit an Herrn Schaffer gerichtet, ob die Entlassung eines Arbeiters rückgängig gemacht werden würde, wenn jene von Obwald aufgesetzte Erklärung „der organisierten Buchbinder Grünstadts“ an die „Kaiserliche Post“ eingesandt würde. Nachdem Schaffer diese Frage verneint habe, sei die Sache von ihm als erledigt angesehen worden. Bemerkenswert war, daß die Zeugen Schaffer und Dr. Decker in ihren ersten Aussagen diese Sachdarstellung Kloth bekräftigten, erst im weiteren Verlaufe ihrer Aussagen behaupteten sie, Kloth habe bedingungslos jene „Erklärung“ akzeptiert, ohne sich erst zu vergewissern, ob die Entlassung des Arbeiters rückgängig gemacht würde. Wärscht, solchen Zeugenaussagen gegenüber hätte der Rechtsanwalt Obwalds alle Veranlassung gehabt, das Gedächtnis der Herren zu stärken, anstatt in recht aggressiver Weise bei Kloth solche unnötige Versuche zu machen. Die Verhandlung bot der interessanten Momente mancherlei. Im Behaupten verdient Herr Schaffer die Jenur Ia, aber im Beweisen nur die Nummer IVb. Schaffer vermochte auch in der Verhandlung keine Beweise für seine sonstigen Behauptungen zu erbringen, daß die organisierten Buchbinder die Absicht gehabt hätten, die Unorganisierten bei Schaffer zu verbannen, daß er den Buchbinderverband mehrfach mit Erfolg verklagt habe, trotzdem er von Kloth sowohl brieflich als auch mündlich dazu aufgefordert worden war, ja trotzdem er im Flugblatt, welches Gegenstand der Klage war, in bezug auf Herrn Schaffer und seine Behauptung von dem erfolgreichen Verlagen des Buchbinderverbandes geschrieben worden war:

„Bringt er daher für seine obige Behauptung keine Beweise, so muß ihm der berechnigte Vorwurf gemacht werden, daß er, Herr Schaffer, mit bewußten Unwahrheiten die Einwohnerschaft Grünstadts täuscht und den Buchbinderverband verleumdet!“

Schaffer hat diesen Vorwurf auf sich sitzen lassen und hat in der gerichtlichen Verhandlung nicht vermocht, das Gegenteil zu beweisen. Nicht besser verhielt es sich mit der Behauptung von dem „Verbanne der Unorganisierten“. Auch hierfür brachte Schaffer auch nicht den Schatten eines Beweises bei, obgleich bereits in einem Briefe Kloth an Schaffer eine derartige Behauptung der Gewährsmänner Schaffers als „glatter Schwindel“ bezeichnet worden war, was von Kloth auch in der Verhandlung angeführt wurde.

Interessant war es, daß alle Vertreter der Firma Schaffer in der Verhandlung beteuerten, sie hätten nichts gegen die Mitgliedschaft beim Buchbinderverbande eingewunden, nur agitierten dürften die in der Firma Beschäftigten nicht im Geschäft für den Verband. Unter agitierten verstehen die Herren allerdings schon, wenn einer für den andern in den Häusern Beiträge entgegennimmt oder sich über den Verband unterhält. Und da ein ausgedehntes Spießsystem im Geschäft zu bestehen scheint, so ist schon jeder als Agitator gekennzeichnet, der Verbandsmitglied ist, und Wahregelung ist die Folge. Aber immerhin kann man diese unter Eid vor Gericht abgegebenen Beteuerungen sich merken und in der Zukunft sich darauf berufen, wenn die Firma wieder Entlassungen wegen Verbandszugehörigkeit vornehmen sollte.

Die Haupt- und Sanksaktion des Herrn Obwald gegen Kloth endete; wie gesagt, mit einem Vergleich, wonach wohl der selbige Prüchus an Stelle Obwalds würde ausgerufen haben: „Noch ein solcher Sieg, und ich bin verloren!“

Eine Scene nach dem Schluffe des Prozeßes verdient festgehalten zu werden: Obwald trat an Kloth im Hausflur des Gerichtsgedäudes heran mit den Worten: „Herr Kloth, wir wollen Frieden schließen, aber ich muß Ihnen sagen, Sie haben wider besseres Wissen Ihr Flugblatt geschrieben.“ Kloth blieb ihm die Antwort nicht schuldig: Es sei doch ein merkwürdiges Friedensangebot, das gleich mit einer neuen Verleumdung der Gegenpartei beginne. Zu einem ehrlichen Frieden sei jedoch der Buchbinderverband zu jeder Zeit bereit, aber der könne nur eintreten, wenn die Firma mit dem Drangsalierungen ihrer organisierten Arbeiter Schluss mache. Mit dieser Scene bestätigte Herr

Abrechnung des Verbandes

A. Abrechnung

Table with columns for Laufende Nummer, Name des Ortes bzw. Gaus, Anzahl der Mitglieder (Männl., Weibl.), Anzahl der Neuaufnahmen, Einnahmen (für Eintrittsgelder, Beiträge, Invalidebeiträge, Sonstige Einnahmen, Zuschüsse), Summa der Einnahmen, Am Orte behalten vom 1. Quartal, Guthaben der Zahlstellen fürs 3. Quartal. Rows list various locations and their financial data.

Ausgaben

Table with 18 columns: Für Arbeitslojen-Unterstützung, Für Kranken-Unterstützung, Für Anzugs-Unterstützung, Für Hinterbliebenen-Unterstützung, Für Rechtsschutz, Für Gemahregelten-Unterstützung, Für Extra-Unterstützung, Für Streiks und Lohnbewegungen, Für außerord. Agitation, Für Befreiung örtlicher Ausgaben, Ein- gesandt an die Verbandskasse, Summa der Ausgaben, Guthaben der Zahlstellen v. 1. Quart., Am Orte behalten fürs 3. Quartal, Laufende Nummer. Rows contain numerical data for each category.

Büchern zu vergleichen und etwaige Reklamationen sofort an den Verbandskassierer einzufenden.

machen niedrigen Angebot. Die Versammlung hält eine Erhöhung der Minimallöhne um 5 bis 7 Proz. angesichts der heutigen teuren Lebensverhältnisse für durchaus ungenügend und lehnt die in diesem Angebote gemachten Zugeständnisse ab. Die Versammlung beauftragt den Bezirksleiter und den Gauleiter, erneut mit den Prinzipalen bzw. deren Vertretern Verhandlungen anzubahnen, um zu einer annehmbaren, den heutigen Verhältnissen entsprechenden Regelung der Lohnverhältnisse zu gelangen.

Hannover. Eine gut besuchte Versammlung der Liniierer Hannovers tagte am 28. August. Hornacker referierte über: „Die soziale Lage der Liniierer“. Die Liniierer Hannovers sind leider erst sehr spät zur Organisation gekommen, daher kommt es, daß der Gedanke der Organisation bei ihnen noch nicht voll in Fleisch und Blut übergegangen ist; sonst hätte es nicht vorzukommen können, daß nach dem Streik von 1910 eine Anzahl Liniierer dem Verbands den Rücken gekehrt haben. Wenn auch heute noch hin und wieder der Meinung Ausdruck gegeben wird, der Verband nützt nichts, so ist dem entgegenzuhalten, daß die Liniierer doch gerade erst durch die Organisation zu einigermaßen erträglichen Lohn-

verhältnissen gekommen sind. Die Fabrikanten wissen heute den Wert der Organisation viel besser zu schätzen als die Arbeiter, das beweise die färslich veröffentlichte Liste der Mitglieder des Fabrikantenvereins Hannover-Linden, dem auch sämtliche Arbeitgeber in der Liniiererbranche angehören; das beweise ferner die Mitteilung über die Tätigkeit des Fabrikantenvereins im Interesse seiner Mitglieder, die gewiß nicht zugunsten der Arbeiterchaft entwidelt werde. Die Interessen des Verbandes und die Interessen der Mitglieder sind die gleichen; einen Unterschied darin gibt es nicht. Deshalb hat jedes Mitglied des Verbandes die Pflicht, seine ganze Kraft für die Interessen des Verbandes einzusetzen und dahin zu wirken, daß der iraffen Organisation der Arbeitgeber eine gleich iraffe Organisation der Arbeitnehmer entgegengesetzt werde. Nur auf die Vantheit eines Teiles der Liniierer ist es zurückzuführen, daß bei der Einführung der Affordarbeit bei der Firma König u. Eckhardt kein fester Affordtarif abgeschlossen wurde, wie es bei allen anderen Tarifvorkehrungen der Fall ist. Die Affordpreise für die Affordarbeit sind die Affordtarife mit der Kollegenchaft beraten und festgelegt worden, das hätte auch in der Liniiererrei geschehen müssen. Es scheint, als wenn auch hier schon das neu aus Amerika herübergekommene sogenannte System der wissenschaftlichen Betriebsführung, besser gesagt, das System der Ausbeutung der Arbeiterchaft nach wissenschaftlichen Methoden, allmählich für die Arbeiterchaft fast unbemerkt zur Einführung gelangt. Man löst einzelne Arbeiter los aus der Masse, stellt sie an die besten Maschinen, gibt ihnen die besten Arbeiten und spornet sie zur höchstmöglichen Arbeitsleistung an. Man läßt diesen einzelnen einen angemessenen Verdienst, der den Verdienst der anderen erheblich übersteigt. Auf Grund der erzielten Höchstleistungen aber werden dann die Affordpreise für die Gesamtheit geregelt. Es ist wichtig für die Kollegenchaft, diese Entwicklung aufmerksam zu verfolgen, um den unausbleiblichen Schäden dieser Entwicklung für die Kollegenchaft entgegenwirken zu können. Dieses aber ist nur möglich durch den einheitlichen Willen der Kollegenchaft und dieser Wille kann sich nur verkörpern und Stogkraft gewinnen in der Organisation.

Eine lebhafte Diskussion, die sich an die Aus-

führungen Kornaders knüpfte, zeugte von dem Interesse der Kollegen. Es steht zu erwarten, daß die Organisationsstätigkeit unter den Liniereern wieder mehr an Lebhaftigkeit gewinnt.

Eisenberg, S. A. Wir fühlen uns veranlaßt, wieder einmal auf die Lage der Glasisarbeiter in Eisenberg aufmerksam zu machen. Wie bekannt, wurde von unserer Seite einigemal versucht, die Lage der Glasisarbeiter und -arbeiterinnen zu verbessern. Wir wandten deshalb schon mehrmals in harten Lohnkämpfen, in denen wir zum Teil durch die Hartnäckigkeit einiger Fabrikanten nicht gut abschnitten. Die Leipziger Generalversammlung der Glasisfabrikanten hat nun Herrn Schneider-Eisenberg zum Vorsitzenden gewählt. Dieser verfügt in seinem Betriebe über eine ansehnliche Zahl indifferenter Arbeiter und Arbeiterinnen, die zum größten Teil gelb organisiert sind. Vor kurzer Zeit besaßen sich einige dieser Leiden mit der Gründung eines nationalen Werkvereins. Wir erjuden unsere Kollegen und Kollegeninnen, vor diesem gelben Verband und vor dem Werkverein auf der Hut zu sein. Wir wissen, daß diese Vereine nur aus solchen Leuten bestehen, die uns zu gegebener Zeit in der Rücken fallen und die auch künftig für unsere Sache nicht zu haben sind. Unsere Kollegenschaft kann ruhig auf die Ferien verzichten, welche von den Fabrikanten den Gelben bewilligt werden. Wir haben das größte Interesse daran, die Stundenlöhne sowie die Affordpreise zu sichern und zu halten. In verschiedenen Betrieben schon haben wir Abzüge zu verzeichnen, welche angeblich durch die Konkurrenz hervorgerufen wurden. Es gibt hier Fabrikanten, die ihre Waren den anderen Betrieben gegenüber sehr billig verkaufen, und dadurch werden nicht nur reelle Betriebe, sondern auch die Arbeiter geschädigt. Wie wir erfahren haben, sind die Verhältnisse bei einigen Firmen nicht die besten, es soll sogar einigemal vorgekommen sein, daß die Arbeiter am Lohnstage keinen Lohn erhalten haben, obwohl in dem einen Betriebe noch lange nicht die höchsten Löhne bezahlt und sogar ein Teil weiblicher Personen beschäftigt wird. Wenn hier eine bessere Kalkulation gepflegt und die Waren nicht so billig verkauft würden, dann könnten vielleicht auch die Arbeiter pünktlicher ausgezahlt werden.

Auch in anderen Betrieben sind die Verhältnisse nicht die besten, trotzdem zum Teil der Inhaber und sein Sohn den ganzen Tag unermüdet mitarbeiten. Auch sind die Löhne, welche dort verdient werden, keine guten, obwohl meistens gute und tüchtige Arbeiter beschäftigt werden. Dosters kommt es auch vor, daß die Arbeiter unter den Rahmen der Unternehmer zu leiden haben. So waren z. B. in einem Betriebe verschiedenem Differenzen zu verzeichnen, und bei Schlichtung derselben versprach der Unternehmer, zum Ausgleich eines Abzuges das Wattedeisen für verschiedene Artikel selber zu machen. Als nun ein Arbeiter von diesem Versprechen Gebrauch machte, wurde der Unternehmer sehr erregt. Als der Arbeiter darauf bestand, geschchnittene Watte zu erhalten, da es doch so versprochen sei, wurde er mit Schimpfwörtern behandelt. Auch ließ sich der Unternehmer so weit hinreißen, daß er mit einem Stiefel nach dem Arbeiter warf. Dieser Unter-

nehmer scheint vergessen zu haben, daß er einst selber Arbeiter war und auch eine anständige Behandlung verlangt hat.

Ein weiterer Fall beweist uns, wie human dieser Unternehmer seinen Arbeitern gegenüber ist. Einer Frau, welche wohl sieben Jahre im Betrieb gearbeitet hat und als tüchtige Heberzeigerin galt, wurde ein Abzug von 13 Pf. auf einen Posten gemacht, weil einige Gluis unsauber angefertigt sein sollten. Da sich die Frau keiner Schuld bewußt war, wurde sie vorstellig und verlangte die 13 Pf., und als sie dieselben nicht bekam, löste sie das Arbeitsverhältnis. Da hatte der Unternehmer nichts eifrigeres zu tun, als die anderen Fabrikanten in Kenntnis zu setzen, daß die Arbeiterin ohne Grund den Betrieb verlassen hätte. Wahrscheinlich soll die Arbeiterin in keinem anderen Betriebe Beschäftigung finden. Auch in anderen Firmen werden die Verhältnisse immer schlechter. Einzelne können sich nicht daran gewöhnen, feste Preise zu zahlen. Rahm man vor einem halben Jahr eine Preisregulierung über die meisten Arbeiten vor und legte eine Preisliste fest, so versucht man sich jetzt schon wieder in Lohnreduzierungen und kündigt den Arbeitern an, daß künftig noch billiger gearbeitet werden soll. Hoffentlich werden die Arbeiter in dem Betriebe den Mut besitzen, dieses Verlangen entschieden zurückzuweisen.

Auf dem Verbandsstag in Leipzig faßten die Gluisfabrikanten den Beschluß, einheitliche Preise für Besiedelung einzuführen. Hoffentlich werden sie sich auch einmal mit den Verkaufspreisen für Schmudeteuis beschäftigen und auch hier einheitliche Preise schaffen. Es läge dies in ihrem eigenen Interesse, und es wäre auch viel besser, als immer nur auf den Buchbinderverband herinzureiten. Zum Beispiel müßte Herr B. Schneider das größte Interesse daran haben, da er doch die Schmudeteuis in Massen bei den Zwischenweilern anfertigen läßt. Wir rechnen damit, daß dann auch den Arbeitern etwas zugute kommt. Außerdem brauchte man sich nicht mehr über die Pforzheimer Konkurrenz zu beschweren.

Diese kurzen Andeutungen zeigen, wie schlecht die Arbeitsverhältnisse der Gluisarbeiter sind. Es wäre zu wünschen, daß letztere vollzählig und pünktlich in den Versammlungen erscheinen. Denn nur dort ist der Ort, wo wir uns über unsere Lage aufklären können.

Literarisches.

Der gesetzliche Arbeiterschutz für Jugendliche. Von Robert Schmidt. Zweite, erweiterte Ausgabe. Herausgegeben von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, 80 Seiten, Preis 40 Pf.

Die Schrift, die zum erstenmal vor zwei Jahren erschien, hat im Kampfe um die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Jugend bereits gute Dienste geleistet. Die inzwischen eingetretenen Änderungen in der Jugendschutzgesetzgebung haben eine teilweise Korrektur des Inhalts notwendig gemacht.

Alle die so schwer verständlichen und mühsam auffindbaren gesetzlichen Bestimmungen, die zum Schutze der Jugend erlassen sind, werden hier, übersichtlich geordnet, in klarer Weise erläutert. Praktische Ratschläge für die Jugendschutzarbeit, die von der proletarischen Jugendbewegung in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften betrieben wird, erhöhen den Wert der Schrift.

Für alle, die sich der Pflege des wirtschaftlichen Jugendschutzes widmen, ist die Arbeit ein wichtiges Hilfsmittel. Die Schrift sollte aber auch unter der arbeitenden Jugend fleißige Verbreitung finden, damit die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen sich ihrer gesetzlichen Rechte bewußt werden. Die energische Verteidigung dieser ist zugleich ein Kampf für den so notwendigen Ausbau der gegenwärtigen mangelhaften Jugendschutzgesetzgebung.

Gau 5.

Unser

Gautag

findet am Sonntag, den 28. September*, vormittags 10 Uhr, in Ackerleben im Restaurant Zitsche, Heber den Steinen, statt.

Tagesordnung:

- 1. Bericht des Gauvorstandes;
2. Verbandstag;
3. Gaubeitrag;
4. Agitation;
5. Verschiedenes.

Anträge hierzu sind bis 14. September an den Unterzeichneten einzusenden.

Der Gauvorstand. J. A.: K. Böhm e.

* Nicht am 18. September, wie irtümlich in Nr. 36 angegeben wurde.

Gau 14/15.

Am Sonntag, den 21. September, findet in Schwennungen im Gasthaus „Zum Paradies“ nachmittags 1 Uhr eine

Bezirksversammlung

statt. Wir laden hierzu die in der Umgebung beschäftigten Buchbinder-, Kartonnagen- usw. Arbeiter und Arbeiterinnen höflichst ein. Die Zahlstellen, welche es ermöglichen können, ersuchen wir, Delegationen zu entsenden.

Unsere Einzelmitglieder müssen alles aufwenden, damit auch die bisher nicht organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen in unserem Beruf daran teilnehmen.

Der Gauvorstand.

J. A.: Oskar Schröter, Lehr i. B., Moonstr. 25.

Adressenänderungen.

Unterstützungs-Auszahl.

Brieg (Bez. Breslau), N. Borasch, Fischerstraße 22 II.

Darmstadt, K. Teuber, Gewerkschaftsbergstr. 27 I.

ANZEIGEN

Selten günstige Gelegenheit!

Verabsichtige mein Grundstück, für Buchbinder oder Buchhändler passend, direkt neben d. neuen Schule (m. ca. 1800 Schulkindern) gelegen, villenartig gebaut, für 45 000 Mk. bei 12 000 Mk. Anzahlung sofort zu verkaufen. Gest. Anfragen erb. unter T. A. 1402 durch Saasen-Fein & Vogler, N.-G., Chemnitz.

Stuisarbeiter.

Tüchtiger, jüngerer Mann auf Bestel- u. Schmudeteuis flott eingearbeitet, sofort gesucht. Offerte mit Lohnansprüchen u. M. N. 3255 an Saasen-Fein & Vogler, N.-G., München, erbeten.

Gold abfälle jeder Art, wie Gummi, Watte, Zappen, zerbrochene Schmudeteuis usw. lauft zu höchst. Preisen Willy Thiele, Leipzig, Wilschertstraße 23.

Neu eingerichtete Buchbinderei

in einer Kleinstadt an der Mosel sucht einen tüchtigen jungen Gehilfen, der gelegentlich auch in der Druckerei beschäftigt werden kann. Offerten unter G. B. 6 durch Saasen-Fein & Vogler, N.-G., Traben-Trarbach. Welche Koll. schenkt als Beitrags-Sammll. einige Reklamemarten. Unfr. Druck- u. Send. an Gg. Schäfer, Hanau, Langstr. 85 erb.

Lehrling

verlangt Otto Landgraf, Hand- und Preßvergold- Anstalt, Reußlän, Hermannstr. 84.

Ingenieur-Akademie

Wismar a. d. Ostsee für Maschinen- u. Elektro Ing. Bau-Ing. und Architekten.

Statistische Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse

In Buchbindereien, Kontobuchfabriken, Unteranstalten, Album-, Gluis-, Kartonnagen-, Galanterie- und Lederverwaren-, Enguspapier- und Papierverwarenfabriken und ähnlichen Betrieben in Deutschland Aufgenommen im November 1916 Mit einer Einleitung über die Ausbreitung der Buchbinderei und Kartonnagenfabrikation nach der amtlichen Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907 Preis für Mitglieder 1,30 Mk., für Nichtmitglieder 6,30 Mk. Der Versand erfolgt nur nach Vereinfachung des Betrages. Sendungen sind nur an E. Hausen, Berlin S. 59, Urbanstraße 63 I, zu richten.

Interate finden nur Aufnahme, wenn ihnen der Betrag beigefügt ist.



Kostenfreier Arbeitsnachweis

für Buchbinder O. Th. Winckler, Leipzig